



Veranstaltungsbericht



VI. Fachforum Nachhaltigkeit NRW:

KANN DEMOKRATIE NACHHALTIGKEIT?

Zukunftsräte und New Governance für Nachhaltige Entwicklung

16. März 2018 von 13:00 – 17:00 Uhr

LVR-Industriemuseum Zinkfabrik Altenberg | Hansastraße 20 | 46049
Oberhausen

In Kooperation mit:



Gefördert durch:

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



VI. Fachforum Nachhaltigkeit: KANN DEMOKRATIE NACHHALTIGKEIT?

Zukunftsräte und New Governance für Nachhaltige Entwicklung

am 16. März 2018

in LVR-Industriemuseum Zinkfabrik Altenberg in Oberhausen

„Kann Demokratie Nachhaltigkeit?“ war die spannende Frage des VI. Fachforums Nachhaltigkeit, zu der am 16. März 2018 über 80 interessierte zivilgesellschaftliche und kommunale Akteure in den Diskurs traten. In diesem Jahr wurde das Fachforum von der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. in Kooperation mit dem Landschaftsverband Rheinland durchgeführt und vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (MULNV) gefördert. Renommiertere Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft stellten ihre Perspektiven vor und tauschten sich in einer packenden Debatte über die strukturellen und inhaltlichen Anforderungen zur Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung aus.



v.l.: Dr. Marc-Oliver Pahl (MULNV), Alexandra Wandel (World Future Council), André Stinka (MdL NRW), Christoph Bals (Germanwatch e.V.), Ulla Burchardt (Rat für Nachhaltige Entwicklung, MdB a.D.), Prof. Dr. Bernward Gesang (Universität Mannheim), Dr. Klaus Reuter (LAG 21 NRW)

In Kooperation mit:



Gefördert durch:

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



Programm

Freitag, den 16. März 2018

LVR-Industriemuseum Zinkfabrik Altenberg | Hansastrasse 20 | 46049 Oberhausen

10.00 – 12.00	JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG der LAG 21 NRW
12.00 – 13.00	Mittagsimbiss

FACHFORUM NACHHALTIGKEIT: Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Zukunftsräte und New Governance für Nachhaltige Entwicklung

13.00 – 13.15	Begrüßung <i>Dr. Klaus Reuter, LAG 21 NRW</i> <i>Dr. Walter Hauser, LVR-Industriemuseum</i>
13.15 – 13.45	Input: Kann Demokratie Nachhaltigkeit? <i>Prof. Dr. Bernward Gesang, Universität Mannheim</i>
13.45 – 14.15	Input: World Future Council – ein gelebter Zukunftsrat <i>Alexandra Wandel, World Future Council</i>
14.15 – 14.30	Statement vom Rat für Nachhaltige Entwicklung <i>Ulla Burchardt, MdB a.D., Rat für Nachhaltige Entwicklung</i>
14.30 – 14.45	Statement aus der Zivilgesellschaft <i>Christoph Bals, Germanwatch</i>
14.45 – 15.15	Kaffeepause
15.15 – 16.45	Podiumsdiskussion: „Benötigen Zukunftsfragen neue Governance Modelle?“ <i>mit Prof. Dr. Bernward Gesang, Alexandra Wandel, Ulla Burchardt und Christoph Bals</i> Moderation: <i>Dr. Marc-Oliver Pahl, Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW</i>
16.45 – 17.00	Fazit und Verabschiedung
17.00 – 18.00	Get together mit Imbiss

Hintergrund

Zahlreiche Nachhaltigkeitsstrategien stehen häufig in direktem Kontrast zu tatsächlichem erlebten politischen Handeln. Auf allen politischen Ebenen erscheinen Langfriststrategien kurzfristigen und taktischen Fragestellungen und Interessen unterlegen zu sein. Zukünftige Generationen haben in unserem demokratischen System kaum eine Stimme. Hinzu kommt der durch den voranschreitenden Klimawandel wachsende Zeitdruck, der nachhaltige politische Entscheidung wichtiger und drängender denn je macht. Daher lohnt es sich auf die Strukturen, Institutionen und Anreizmechanismen innerhalb des demokratischen Systems zu schauen, um Lücken oder neue Ansätze für Verbesserungen zu identifizieren und nachhaltige Politik zu stärken. Vor diesem Hintergrund widmete sich das Fachforum Nachhaltigkeit in diesem Jahr der Frage „Kann Demokratie Nachhaltigkeit?“ und diskutierte Stärken und Schwächen demokratischer Entscheidungsfindung, neue Government-Modelle und die Rolle zukünftiger Generationen in der heutigen Demokratie.

Begrüßung

Dr. Walter Hauser, Direktor des LVR-Industriemuseums, hieß die Teilnehmenden im Namen des Landschaftsverbands Rheinland im Industriemuseum willkommen und wies auf die vielfältigen Bezüge des Museums zum Thema Nachhaltigkeit, wie beispielsweise in der aktuellen Ausstellung zur Energiewende, hin.



Dr. Klaus Reuter (LAG 21 NRW)

Dr. Klaus Reuter begrüßte die Teilnehmenden und betonte, dass der Zeitdruck zur erfolgreichen Umsetzung einer sozial ökologischen Transformation steige, es mangle hier nicht an Erkenntnis, sondern an einer zielstrebigen, verbindlichen und mandatierten Vorgehensweise. Daher sei es zentral, sich mit den Strukturen und Potentialen politischer Entscheidungsprozesse für eine Nachhaltige Entwicklung auseinanderzusetzen.

Input: Kann Demokratie Nachhaltigkeit?

Prof. Dr. Bernward Gesang von der Universität Mannheim und Herausgeber des Buches „Kann Demokratie Nachhaltigkeit?“ startete mit der Grundaussage, dass die Demokratie durch systemimmanente Schwächen den langfristigen und zukünftigen Herausforderungen nicht gerecht werde. Als zentrale Problematiken nannte er dabei folgende Thesen:

- Qualifikationsprobleme bei BürgerInnen und PolitikerInnen,
- falsche Anreize, wie die Wiederwahl in der Politik,
- ein falsches Allgemeinwohlverständnis, dessen Fokus auf Klientelpolitik statt Verfassung und Moral beruhe,
- und Lobbyismus, durch den nicht das wichtigste, sondern das bestorganisierte Interesse Erfolg habe.

Insbesondere würden aus seiner Sicht hierdurch Menschen im Globalen Süden und künftige Generationen benachteiligt. Prof. Dr. Gesang schloss daraus, dass die Demokratie reformbedürftig sei, um den Anforderungen einer Nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden. Mögliche Optionen zur Reformation seien Zukunftsräte und Ombudspersonen als Anwälte zukünftiger Generationen. Durch die Schaffung einer solchen vierten Gewalt mit entsprechenden Kompetenzen, Mandaten und langfristiger einmaliger Einsetzung könnten generationengerechte Entscheidungen gefördert werden. Konkret könnte diese vierte Gewalt mit verschiedenen Rechten ausgestattet werden: der Möglichkeit Gesetzesinitiativen zu starten, einem Sprachrecht im Parlament, einem Klage- oder Vetorecht gegen Gesetze. Die demokratische Legitimation einer solchen Instanz sei durch die Stärkung der Verfassungswerte gegeben, aber auch die Wahl durch das Parlament oder durch die BürgerInnen sei denkbar.



Prof. Dr. Bernward Gesang (Universität Mannheim)

Input: World Future Council – ein gelebter Zukunftsrat

Alexandra Wandel, Vorstand und Leiterin des Generalsekretariats des World Future Councils (WFC) in Hamburg, stellte die Arbeit des internationalen Zukunftsrats vor. Das WFC, das vor 10 Jahren von Jakob von Uexküll gegründet wurde, hat sich die Lösung globaler Herausforderungen der Menschheit durch Bekanntmachung von innovativen und generationsgerechten Lösungspfaden zum Ziel gemacht. Die Stiftung

ist politisch unabhängig und finanziert ihre Arbeit durch Spenden. Um die Mission, der nächsten Generation einen gesunden Planeten zu übergeben, effektiv zu verfolgen, wurden VertreterInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und mit verschiedenen kulturellen und demographischen Hintergründen im Rat der Organisation zusammengebracht.



Alexandra Wandel (World Future Council)

Beispielhaft für die konkrete Arbeit des WFC stellte Alexandra Wandel das Projekt „Future Policy Awards“ vor. Das Projekt zeichnet in Kooperation mit verschiedenen UN-Organen weltweit nachhaltige und zukunftsfähige Gesetze aus. Als Grundlage für die Evaluation der Gesetze werden sieben Prinzipien für „Future Just Law making“ genutzt, die die internationale Staatengemeinschaft beim Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung verabschiedet hat. In diesem Rahmen präsentierte Alexandra Wandel einige spannende weltweite Beispiele der PreisträgerInnen des „Future Policy Awards“, wie etwa das Kinderschutzgesetz aus Sansibar.

Statement vom Rat für Nachhaltige Entwicklung



Ulla Burchardt (Rat für Nachhaltige Entwicklung, MdB a.D.)

Ulla Burchardt, MdB a.D. und Mitglied des Rats für Nachhaltige Entwicklung ging vor dem Hintergrund ihrer langjährigen politischen Erfahrungen und ihrer Arbeit im Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) auf die vorhergegangenen Inputs ein und wies auf die bereits bestehende Nachhaltigkeitsarchitektur in Deutschland hin. Mit der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ Ende der 90iger Jahre sowie dem RNE, der Anfang 2001 berufen wurde, gab und gibt es bereits Institutionen, die die Zukunftsfähigkeit

der deutschen Politik stärken. Ulla Burchardt thematisierte die zentrale Bedeutung der Demokratie für unsere Gesellschaft, nicht zuletzt vor dem sozialen Aspekt Nachhaltiger Entwicklung. Dabei betonte Sie, dass demokratische Entscheidungsfindungsprozesse von Natur aus langwierig seien, da diese Aushandlungsprozesse komplexe Zielkonflikte und Konkurrenzen beinhalteten, in die eine Vielzahl von Personen und Institutionen involviert seien. Dies stehe dem Wunsch

nach schnellem und effektivem politischen Handeln im Weg, sei aber ein Grundprinzip demokratischer Politik. Im Hinblick auf die Lobbystrukturen, brachte Sie ein, dass hier die Pluralität unserer Gesellschaft deutlich werde, wobei die unterschiedliche Wirkmacht durchaus problematisch sei. Sie schlussfolgerte, dass die Nachfrage nach nachhaltiger Politik aus der Gesellschaft steigen müsse, damit auch ein entsprechendes Angebot in der Politik entstehe.

Statement aus der Zivilgesellschaft

Christoph Bals, politischer Geschäftsführer der Nichtregierungsorganisation Germanwatch hob hervor, dass die Steuerungsfähigkeiten des politischen Systems nicht mit der ökonomischen Globalisierung mitgewachsen seien. Der Klimawandel verdeutliche, dass heute viele Menschen von unseren



Christoph Bals (Germanwatch e.V.)

Entscheidungen betroffen seien, ohne dass sie im Entscheidungsprozess beteiligt worden seien. Mit den Sustainable Development Goals und dem Pariser Klimaabkommen stehe die Rahmenzielsetzung fest, jetzt müsse die Umsetzung organisiert werden. Hier sieht Christoph Bals insbesondere die Europäische Union in der Verantwortung die Globalisierung gemeinschaftlich und zukunftsgerecht zu gestalten. In Deutschland sollten Umwelt- und Zukunftsfragen stärker in der Verfassung verankert werden. Auch eine Zukunftsprüfung für Gesetze sowie Klagemöglichkeiten von Verbänden nannte Christoph Bals als wichtige strukturelle Verbesserungen. Darüber hinaus könnte die Rolle von Enquete-Kommissionen gestärkt werden, wenn diese auch Gesetzesvorschläge einbringen dürften. Ein Ombudsmann sei grundsätzlich eine gute Idee, könne aber die Machtstrukturen nicht aufheben. All diese Ansätze könnten nur dann erfolgreich sein, wenn die extreme Ungleichheit in der Gesellschaft abnehme. Eine kritische Öffentlichkeit sei essenziell, um eine wechselseitige und respektvolle Teilhabe zu ermöglichen und sich die besseren Argumente durchsetzen können.

Podiumsdiskussion:

„Benötigen Zukunftsfragen neue Governance Modelle?“



v.l.: Alexandra Wandel (World Future Council), Prof. Dr. Bernward Gesang (Universität Mannheim), Ulla Burchardt (Rat für Nachhaltige Entwicklung, MdB a.D.), Dr. Marc-Oliver Pahl (MULNV), André Stinka (MdL), Christoph Bals (Germanwatch e.V.)

An der Podiumsdiskussion beteiligten sich André Stinka, SPD-Mitglied des Landtags NRW, Prof. Dr. Bernward Gesang, Alexandra Wandel, Ulla Burchardt sowie Christoph Bals, moderiert durch Dr. Marc-Oliver Pahl, Referatsleiter im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW.

André Stinka bedauerte, dass die Demokratie häufig als zu langsam diskreditiert werde und war der Überzeugung, dass das demokratische System den zukünftigen Herausforderungen gewachsen sei. Für eine gesamtgesellschaftliche Transformation im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung sei Austausch und Vernetzung im Rahmen der Demokratie von zentraler Bedeutung.



André Stinka (MdL NRW)

Prof. Dr. Gesang stellte klar, er habe keine pauschale Kritik an der Demokratie üben, sondern sich für ihre Ergänzung und Stärkung aussprechen wollen, damit diese vor dem Hintergrund der drängenden Klimakatastrophe ein konsequentes Handeln ermöglicht. Dafür brauche es mehr als nur mehr Beratung und Bewusstsein und zwar konkrete Veränderungen in legislativen und exekutiven Strukturen.

Alexandra Wandel betonte, dass das aktuelle demokratische System zwar Minderheiten, aber nicht zukünftige Generationen schütze. Ebenso fehle eine Reglementierung der Kontrolle des Lobbyismus von Konzernen.

Aus dem Publikum kamen Rückfragen zur Rolle und Stärkung des RNE als eine Art Zukunftsrat.

Ulla Burchardt unterstützte die Idee der Stärkung des Mandats des RNE. Es sollten keine neuen Strukturen geschaffen, sondern Bestehendes, wie die Gesetzesfolgenabschätzung, verbessert und innovativer gestaltet werden. Der RNE gebe der Regierung bereits heute Empfehlungen und setze wichtige Impulse für eine Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. So habe der RNE vorgeschlagen Nachhaltige Entwicklung in die Verfassung aufzunehmen. Gestärkt werden könnte der RNE durch Kompetenzen im Rahmen von Nachhaltigkeits-Controllings. Zentral für die Förderung der Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland seien insbesondere starke Regeln und Verfahren und mehr öffentliches Interesse für die Thematik, so Ulla Burchardt.



Stimmen aus dem Publikum warfen ein, dass es sich in dieser Frage um elementare Grundrechte der zukünftigen Generationen handle, welche durch aktuelle Entscheidungen, die sich an aktuellen Interessen orientieren, bedroht seien.

Christoph Bals stimmte dem zu und betonte den Schutz der Grundrechte von allen Menschen weltweit. Im Kontext des Klimawandels sollten diese Rechte vermehrt durch Verfahren vor dem europäischen Gerichtshof eingefordert werden. Darüber hinaus forderte Christoph Bals einen CO₂-Preis sowie eine ökologische Schuldenbremse. Ein Ombudsmann könne dabei eine wichtige Rolle spielen, sei jedoch nicht die finale Lösung, da die strukturellen Defizite bestehen blieben. Überdies verwies Christoph Bals auf die Bedeutung der lokalen Ebene, auf der Nachhaltigkeit umgesetzt und Demokratie gestärkt werden müsse.

Ein weiterer Teilnehmer aus dem Publikum wies als kommunaler Mitarbeiter darauf hin, dass die kommunalen Strukturen den komplexen heutigen Herausforderungen nicht mehr gewachsen seien. Kommunale MitarbeiterInnen dürften nicht mitgestalten und seien allzu oft stark sektoral orientiert.

André Stinka bestätigte, dass Ressortdenken ein Problem auf allen Verwaltungsebenen sei, betonte aber, dass es auch Kommunen mit integrierten Ansätzen gebe. Zentral für die Umsetzung Nachhaltiger Entwicklung sei die intersektorale Zusammenarbeit von ÜberzeugungstäterInnen. Die Herausforderungen aber auch Potentiale politischer Aushandlungsprozesse im Rahmen Nachhaltiger Entwicklung ließen sich an dem Diskurs zur Entwicklung des Klimaschutzgesetzes und -plans in NRW gut aufzeigen. Die Landesregierung sei ein

zentraler Akteur in diesen Belangen und er, als Landtagsabgeordneter, freue sich über weitere Austauschformate zu nachhaltigen Fragestellungen in der Zukunft.

Zum Abschluss der Tagung dankte Dr. Klaus Reuter den Referierenden für die interessanten Inputs und zog als Antwort auf die Frage: "Kann Demokratie Nachhaltigkeit?" das knackige Fazit: „Muss!“.

